

V-2

Antragsteller*innen: LAG Europa

Gegenstand: TOP 13: Sonstige Anträge und Resolutionen

EUROPA GEMEINSAM VORANBRINGEN

1 Mit der Gründung der Europäischen Union (EU) sollten Frieden und Wohlstand auf dem
2 Kontinent dauerhaft gesichert werden. Baden-Württemberg ist fester Bestandteil dieser
3 Gemeinschaft und hat durch seine Lage im Herzen Europas seit jeher in besonderem
4 Maße von der europäischen Integration profitiert. Heute steht Europa vor einer funda-
5 mentalen Bewährungsprobe. Häufig ignorieren die Staats- und Regierungschef*innen der
6 Mitgliedsstaaten bei der Entscheidungsfindung die gemeinsame europäische Perspektive,
7 etwa beim Umgang mit Flüchtlingen, beim Klimaschutz oder bei der Steuervermeidung
8 großer Konzerne. Stattdessen dominieren zu oft kurzsichtige nationale Ziele und Egois-
9 men. Die EU wird von den Regierungen auf nationaler Ebene oft zum Sündenbock erklärt,
10 obwohl sie selbst es sind, die im Rat der Europäischen Union die Beschlüsse fassen. Die
11 Zustimmung zur EU hat in Teilen der Bevölkerung gelitten. Und viele sehen in „Brüssel“ nur
12 noch eine überbordende Bürokratie, die den politischen Handlungsspielraum der Regie-
13 rung ihres Landes und ihre individuelle Lebensgestaltung einschränkt. Dort, wo gemeinsa-
14 mes Handeln dringend erforderlich wäre, zeigt sich oft das Bild einer gespaltenen Union.
15 Dabei machen komplexe Herausforderungen, wie die fortschreitende Globalisierung, eine
16 notwendige grenzüberschreitende Energie- und Umweltpolitik, Fragen der inneren und
17 äußeren Sicherheit oder wirtschaftliche und soziale Ungleichgewichte eine engere Zu-
18 sammenarbeit in Europa heute notwendiger denn je. In einer globalisierten Welt kann die
19 EU die neuen Herausforderungen nur gemeinsam lösen.

20 **Für eine gemeinsame, gerechte und nachhaltige Flüchtlingspolitik**

21 Eine große Zahl von Flüchtlingen stellt die EU vor große Herausforderungen – von der
22 Erstaufnahme zum Schutz der Geflüchteten bis zur Integration der anerkannten Asylbe-
23 werber*innen in unsere Gesellschaft. Nur durch gemeinsames Planen und Handeln auf
24 Grundlage unserer europäischen Wertegemeinschaft können nachhaltige Lösungen er-
25 reicht werden. Dabei darf das aus unserer Sicht untaugliche und in der Praxis gescheiterte
26 Dublin-System nicht durch ein Konzept ersetzt oder ergänzt werden, das der Abschottung
27 der EU dienen soll und die Aufnahme von Flüchtlingen den Entwicklungs- und Schwellen-
28 ländern außerhalb Europas überträgt. Abkommen, wie das mit der Türkei in seiner heutigen
29 Form, lehnen wir ab. Eine gerechte und dauerhafte europaweite Verteilung, an der sich die

30 Mitglieder entsprechend Ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen, stellt für uns die Grundlage
31 einer solidarischen europäischen Asylpolitik dar.

32 Die Freizügigkeit ist eine wesentliche Errungenschaft der EU und darf von einzelnen Mit-
33 gliedsstaaten nicht aufs Spiel gesetzt werden. Neu errichtete Grenzzäune schaden der
34 europäischen Wirtschaft und dem europäischen Zusammenhalt. Schengen darf in keiner
35 Weise angetastet werden und Grenzkontrollen müssen zeitlich streng begrenzte Ausnah-
36 men sein.

37 **Für eine sozial gerechte und ökologische Wirtschaftswende**

38 Innerhalb der EU herrschen große wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen verschiede-
39 nen Staaten und Regionen. Doch nur als gesamtwirtschaftlich starke Gemeinschaft ist die
40 Union auf die Herausforderungen der Zukunft gut vorbereitet. Daher ist es wichtig, dass
41 in Europa Impulse für eine neue grüne Wirtschaftsdynamik gesetzt werden. Wir brauchen
42 einen Investitionsplan für eine ökologische und sozial gerechte Wirtschaftswende in Eu-
43 ropa. Finanziert werden kann ein solches Programm u.a. durch gezieltes Vorgehen gegen
44 Steuervermeidung und -flucht, durch die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen,
45 einer CO₂-Steuer sowie aus der Einzahlung eines Teils der Zinsvorteile für Staatsanleihen
46 einiger Euroländer seit Beginn der Krise. Weitere wirtschaftliche Maßnahmen wie eine
47 europaweite Finanztransaktionssteuer oder eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für
48 Unternehmenssteuern und ein Mindeststeuersatz sind notwendig, um die Balance in der
49 EU wiederherzustellen.

50 Die Klimakrise ist eine der zentralen globalen Herausforderungen, die wir in Europa nur
51 gemeinsam bewältigen können. Hier muss die EU mit gutem Beispiel vorangehen und
52 dem Leitbild des „Divestments“ folgen. Unser Land Baden-Württemberg kann als Motor
53 den Weg hin zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft ebnen und mitgestal-
54 ten. Öffentliche Akteure können Vorreiter sein, indem sie Investitionen aus Anlagen in der
55 Kohle-, Gas, und Ölindustrie abziehen. Für private Investoren müssen gezielt Anreize zur
56 Unterstützung von kohlenstoffarmen Industrien gesetzt werden. In diesem Zusammen-
57 hang ist auch über die Einführung gemeinschaftlicher Steuern auf fossile Brennstoffe und
58 auf CO₂-Emissionen nachzudenken.

59 **Für ein soziales und solidarisches Europa**

60 Wirtschaftliche Ungleichgewichte in der EU und das damit einhergehende Wohlstands-
61 gefälle, Lohn- und Sozialdumping sowie die ausgeprägte hohe Arbeitslosigkeit in Teilen
62 Europas gefährden den gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt. Die EU muss sich
63 deshalb auch in sozialer Hinsicht weiterentwickeln.

64 Beschäftigungspolitische Impulse wie die Jugendgarantie oder grenzüberschreitende
65 Maßnahmen beruflicher Bildung und Zusammenarbeit, bei der Baden-Württemberg bei-
66 spielhaft vorangeht, müssen gestärkt werden. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
67 durch Bildungs- und Investitionsprogramme ist eine lohnende Investition in die Zukunft
68 Europas.

69 Gegen den globalen Unterbietungswettbewerb bei Löhnen, Steuern und Sozialstandards
70 muss sich die EU als Garant sozialer Sicherheit und eines menschenwürdigen Existenz-
71 minimums positionieren. Die Abkehr vom einseitigen Paradigma der Austerität ist dazu

72 dringend notwendig. Ein weiteres Auseinanderdriften sozialer Standards und wirtschaft-
73 licher Leistungsfähigkeit gefährdet die vier Grundfreiheiten der EU – den freien Verkehr
74 von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital. Unser Ziel bleibt eine EU, in der alle
75 zusammenhalten und die sich einvernehmlich weiterentwickelt.

76 **Für den Ausbau der europäischen Demokratie und politischen Öffentlichkeit**

77 Wir stehen zum Prinzip der Subsidiarität, viele Herausforderungen unserer Zeit lassen sich
78 in Europa aber nur gemeinsam lösen. Hier soll die EU in die Lage versetzt werden, Poli-
79 tik nachhaltig, lösungsorientiert und demokratisch zu gestalten. Mehr Kompetenzen für
80 die europäische Ebene heißt notwendigerweise auch nationale Kompetenzen abzugeben.
81 „Mehr Europa“ soll da gelten, wo die EU durch notwendiges und sinnvolles gemeinsa-
82 mes Handeln besser in der Lage ist, den Bürger*innen zu dienen als die nationalstaatli-
83 che, regionale oder kommunale Ebene. Anstelle von Hinterzimmerabsprachen unter Mit-
84 gliedsstaaten soll das Europäische Parlament als transparentes Instrument europäischer
85 Demokratie ausgebaut werden. Seine Mitentscheidungsrechte, Möglichkeiten zu Gesetzes-
86 initiativen oder zur Besetzung der EU-Kommission müssen weiter gestärkt werden. Neue
87 Aufgaben müssen dabei auch einhergehen mit den entsprechenden finanziellen Mitteln.

88 Damit Demokratie auf europäischer Bühne gelingt und nationale Egoismen zurücktreten,
89 braucht es eine europäische politische Öffentlichkeit. Nur so können europäische The-
90 men auch europäisch gedacht werden. Die Einführung transnationaler Listen bei der Wahl
91 zum Europäischen Parlament ist dafür ein geeignetes Instrument. Wir freuen uns, dass wir
92 mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in dieser Sache einen Unterstützer an unse-
93 rer Seite wissen. Damit die Akteure hinter den Kulissen für die Öffentlichkeit sichtbar
94 werden, sollten Parteien weiterhin mit europäischen Spitzenkandidat*innen für das Amt
95 des/der Kommissionspräsident*in zur Wahl des Europäischen Parlaments antreten.

96 Für Europäische Bürger*inneninitiativen gibt es heute unnötig hohe Hürden, die wir ab-
97 bauen wollen. Alle Unionsbürger*innen sollten in den Staaten, in denen sie leben, die
98 vollen bürgerlichen, sozialen und politischen Rechte genießen. In Deutschland ansässig-
99 ge Unionsbürger*innen sollten ein Landtagswahlrecht erhalten. Perspektivisch sollte die
100 Unionsbürger*innenschaft zu einer europäischen Staatsbürger*innenschaft fortentwickelt
101 werden.

102 **Für Europa in Baden-Württemberg, für Baden-Württemberg in Europa**

103 Wir unterstützen den breit angelegten Dialogprozess der baden-württembergischen Lan-
104 desregierung und bringen uns als Partei ein, um die Errungenschaften Europas und unserer
105 Wertegemeinschaft zu diskutieren, Defizite zu analysieren und Europa gemeinsam voran-
106 zubringen.

107 Nur gemeinsam wird es uns in Europa gelingen den globalen Herausforderungen zu be-
108 gegnen. Wir als GRÜNE in Baden-Württemberg wollen den Weg für ein nachhaltiges, soli-
109 darisches, gerechtes und verantwortungsvolles Europa ebnen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antragsteller*innen

LAG Europa